

Stellungnahme zum Artikel: „Kein Verständnis für die Kritik“ WP v. 02.09.2014

Fragen an Bettina Krusat-Barnickel, Leiterin der Regionalplanung zum Windenergiekonzept Südwestfalen

Die Regionalplanung der Bezirksregierung in Arnsberg steht seit Wochen in der Kritik. Daraufhin äußerte sich Bettina Krusat-Barnickel für die Bezirksregierung in der WP unter der Überschrift: „Kein Verständnis für die Kritik.“

Worum geht es? Die Regionalplanung aus Arnsberg für Südwestfalen sieht u.a. vor, 18.000 Hektar Fläche für die Nutzung der Windenergie zur Verfügung zu stellen. Sie setzt damit Vorgaben der Landesregierung um. Das bedeutet zunächst, dass die Bezirksregierung in die kommunalen Planungen versucht einzugreifen, um diese im Grunde genommen auszuhebeln. Der demokratische Prozess des Suchens und Findens geeigneter Flächen für Windenergie, der in vielen Kommunen in Abstimmung mit den betroffenen Bürgern vorgenommen wird, und der Kommunen viel Energie und Geld kostet, wird so abgewürgt. Von oben herab – nach Gutsherrenart – soll so der Ausbau der Windenergie im südlichen Westfalen massiv beschleunigt werden. Dagegen wehren sich – soweit wir wissen – alle betroffenen Kommunen formal: Hier wird kommunales Recht in einem durchweg undemokratischen Vorgehen beschnitten. Da hilft es auch nicht, wenn Frau Krusat-Barnickel darauf hinweist, dass die Kommunen ja ihre Planungen zusätzlich weiterverfolgen könnten, also noch weitere Flächen zum Ausbau der Windenergie bereitstellen. Die von Arnsberg ausgesuchten Flächen sind teilweise ökonomisch unsinnig (wegen mangelnder Windhöflichkeit), eine Artenschutzprüfung zu diesen Flächen hat gar nicht stattgefunden und oft würde der Bau von Windrädern auf diesen Flächen für die anwohnenden Bürger eine massive Einschränkung der Lebensqualität bedeuten. Mit anderen Worten: die Wahl ist willkürlich, und die Kommunen sollen nun die Prüfungen vornehmen, obwohl sie oft genau diese Flächen aus oben genannten Gründen bereits ausgeschlossen haben.

Aber was bedeutet die Umsetzung der Planung für die betroffenen Bürger? Die von Arnsberg ausgewiesenen Flächen reichen aus, um insgesamt 2500 Windkraftanlagen zu errichten, nicht gerechnet die Flächen, die die Kommunen ja zusätzlich noch ausweisen könnten. 2500 industrielle Windkraftanlagen, weitgehend in unberührte Wälder im südlichen Westfalen! Das wäre ein Ausbau ohne jedes Augenmaß. Es würde ganze Landstriche verschandeln, die Natur in Südwestfalen zerstören und eine unfassbare Belastung für die Menschen in den von Windrädern umzingelten Dörfern bedeuten. Eine solche Planungsvorgabe ist ein Verbrechen an Natur, Pflanzen- und Tierwelt und an den Menschen. Und damit nicht genug: wo einmal Windräder aufgestellt worden sind, werden weitere folgen: Es entstehen keine weitere Kosten für die Zuwegung und die Stromanschlüsse und so werden aus einem Windpark mit 4 oder 5 Windrädern über die Jahre schnell Parks mit 15 oder 20 Rädern. Ganze Landschaften würden zugestampft – und egal, an welcher Stelle in

Südwestfalen der Wanderer verweilen würde, sein Blick zum Horizont wäre durch industrielle Windanlagen verstellt.

Müssen wir diesen Preis vielleicht alle dennoch zahlen, wenn wir die Klimakatastrophe verhindern wollen? Ist es vielleicht tatsächlich notwendig, die Natur im südlichen Westfalen zu zerstören, um die Welt zu retten? Die Antwort, die seriöse Untersuchungen nahelegen lautet klar: nein. Trotz des massiven Ausbaus der sogenannten alternativen Energie ist der Ausstoß des klimaschädlichen CO₂-Gases in Deutschland nicht zurückgegangen. Ohnehin macht die Stromerzeugung nur einen geringen Anteil am CO₂-Ausstoß aus und auch der ist gestiegen, weil verstärkt „schmutzige“ Braunkohlekraftwerke eingesetzt werden für den Fall, das die „alternative“ Energie einmal nicht zur Verfügung steht: Der Wind weht eben nicht konstant und die Sonne scheint auch nicht immer.

Auch für die Investoren lohnt oft das Engagement in Windenergie zumeist nicht. Unabhängige Wirtschaftsprüfer sind zum Ergebnis gekommen, dass zwei Drittel der Windparks die versprochenen Renditeerwartungen weit verfehlen werden, ein Drittel sogar defizitär läuft, also wie Prokon und andere von der Insolvenz bedroht sind – trotz der hohen Subventionierung, die alle Bürger über den Strompreis tragen müssen. Der SWR berichtete erst letzte Woche am Beispiel von Rheinland-Pfalz darüber.

Da stellt sich dann schließlich die Frage, warum trotz dieser Erkenntnisse unsere Landesregierung den massiven Ausbau der Windenergie weiter mit aller Macht durchsetzen will. Unser Umweltminister zeigt sich ja in vielen Diskussionen über den Schutz betroffener Bürger völlig uneinsichtig. In einem WR-Gespräch (Stadtgespräche) in Siegen lehnte er rigoros jede Abstandregelung zum Schutz der Bürger ab. Auf einer Fachtagung in Olsberg wird er sogar mit den Worten zitiert: „Gesetzliche Mindestabstände, nur über meine Leiche.“ Mit anderen Worten: Die Bürger in Südwestfalen müssen sich darauf einrichten, dass die gigantischen Windturbinen, die inzwischen eine Höhe von 220 Metern (70 Meter höher als der Kölner Dom) erreichen, unmittelbar hinter ihren Häusern aufgestellt werden können. Es gibt Planungen, bei denen diese Anlagen bis zu 400 Meter an Häuser heranrücken. Und dass der Lärm von Windrädern enorm ist, auf Dauer schier unerträglich und dass er krank macht, das ist inzwischen jedem bekannt.

Was Minister Rempel letztlich antreibt, wissen wir natürlich nicht. Eine mögliche Antwort fand sich aber auf Wikipedia. Dort ist zu lesen, dass Herr Rempel Mitglied im Verwaltungsrat der Landwirtschaftlichen Rentenbank sei. Diese Bank finanziert, fördert und unterstützt ausweislich ihrer Homepage – sie ahnen es bereits – u.a. Windparks.

In NRW, auch im südlichen Westfalen gibt es inzwischen zahlreiche Bürgerinitiativen gegen den ungebremsten, unvernünftigen, umweltpolitisch katastrophalen Ausbau von Windenergie. Und diese Initiativen schließen sich gerade zusammen in der „Vernunftwende Bündnis NRW“: wir werden uns dafür einsetzen, dass unsere

Region nicht für Jahrzehnte der Planungswut unserer Landesregierung für einen fraglichen Nutzen zum Opfer fällt. Wir fordern alle Kommunal- und Landespolitiker, alle Verantwortlichen von Städten und Gemeinden auf, sich dem Diktat aus Düsseldorf und Arnsberg zu widersetzen. Und wir – im Bündnis und als einzelne Bürgerinitiative vor Ort - werden alle uns zur Verfügung stehenden, rechtlichen Mittel ausschöpfen, um diese Planung zu verhindern.

Siegen, 21.09.2014

Bernd Hartmann	Michael Guse
ImSteingarten 36	Im Steingarten 38
57074 Siegen	57074 Siegen